

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG
(INSTITUT FÜR KONJUNKTURFORSCHUNG)

Wochenbericht

24. Jahrgang

Berlin, den 23. August 1957

Nummer 34

Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — ohne Quellenangabe nicht zulässig

Die internationale und die westdeutsche Konjunktur Mitte August 1957

Die internationale Konjunktur

In zahlreichen Ländern des westlichen Europas und in den Vereinigten Staaten wurde in diesen Sommermonaten der bisher schon mehr oder weniger restriktive Wirtschaftskurs verschärft. Wenn auch die längerfristige wirtschaftliche Problematik dieser und auch anderer Länder, die sich in der jüngsten Zeit abwartend verhalten haben (Großbritannien und die Bundesrepublik), unterschiedslos darin liegt, wirtschaftliches Wachstum bei innerem und äußerem Gleichgewicht zu sichern, so lassen sich doch zum Teil beachtliche Abweichungen in der gegenwärtigen Konstellation der konjunkturellen Kräfte der einzelnen Länder aufzeigen. So sind binnenwirtschaftliche Ungleichgewichte nicht nur bei wirtschaftlicher Expansion (Frankreich, Schweden und Belgien), sondern auch bei wirtschaftlicher Stagnation (USA) zu verzeichnen, die häufig, aber wiederum nicht in allen Ländern, Anlaß zu Zahlungsbilanzsorgen gaben. Die Kreditpolitik scheint jedoch, wie die jüngsten Erfahrungen lehren, wenig geeignet, ein binnenwirtschaftliches Ungleichgewicht zu beseitigen und damit das Phänomen der Kosteninflation wirksam zu bekämpfen.

Natürlich ist eine Kosteninflation nicht losgelöst von dem Angebot-Nachfrageverhältnis, d. h. auch von den Wachstumsraten von Angebot und Nachfrage, denkbar, doch haben Preise und Kosten die Tendenz, auch nach Überwindung der größten Anspannungen in dem Angebot-Nachfrageverhältnis noch zu steigen, ebenso wie sie ihren Anstieg bereits beginnen, ehe volle Kapazitätsausnutzung des Produktionsapparates und Vollbeschäftigung der Arbeitskräfte erreicht ist.

Die Problematik einer mit Stagnation verbundenen Kosteninflation bestimmt gegenwärtig auch das konjunkturelle Bild der Vereinigten Staaten. Nominell ist das amerikanische Sozialprodukt, nicht zuletzt dank der wachsenden

öffentlichen Aufwendungen, in der ersten Hälfte dieses Jahres noch gestiegen, doch war der reale Fortschritt mit knapp 1 vH äußerst gering. Die industrielle Produktion (saisonbereinigt) blieb um die Jahresmitte um 2 vH unter ihrem bisherigen Höchststand von Ende vorigen Jahres. Unausgelastete Kapazitäten finden sich nicht nur in wichtigen Schlüsselindustrien (Stahl und Eisen), sondern sind auch in vielen anderen Industriezweigen anzutreffen. Die Zahl der Erwerbstätigen erreichte im Juli 1957 dagegen einen neuen Höchststand, was darauf schließen läßt, daß auch in den vergangenen Monaten nur ein geringer Produktivitätsfortschritt realisiert wurde. Der Neuzugang an Arbeitskräften konnte aber nicht ganz absorbiert werden, so daß sich die Zahl der Arbeitslosen erhöhte. Gegenwärtig sind etwa 4 vH der Erwerbspersonen arbeitslos. Bei der vergleichsweise hohen Mobilität der Arbeitskräfte und der Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit kann heute von einer Anspannung am amerikanischen Arbeitsmarkt wohl kaum die Rede sein. Doch hat sich der Preisauftrieb der industriellen Erzeugnisse im Großhandel im Juli d. J. nach einer Phase der vorübergehenden Beruhigung fortgesetzt. Die Preisheraufsetzungen wurden in erster Linie wieder mit den Lohnerhöhungen begründet, die den effektiven Stundenlohn in der verarbeitenden Industrie im Durchschnitt auf ein um 2—2,5 vH über dem Stand von Ende 1956 liegendes Niveau angehoben haben. Die Lebenshaltungskosten haben sich weiter erhöht.

Da die amerikanische Wirtschaft dem durch die Lohnerhöhungen bedingten Kostendruck wiederum durch Preiserhöhungen auszuweichen sucht, unter Verzicht auf die Ausschöpfung der im Rahmen einer echten Mengenkonjunktur gegebenen Möglichkeiten einer Produktivitätssteigerung, und die Federal Reserve Banken¹⁾ die Preis-

¹⁾ Vorerst acht der zwölf Banken.

auftriebstendenzen mit einer erneuten Heraufsetzung des Diskontsatzes — auf das für die Vereinigten Staaten außerordentlich hohe Niveau von 3,5 vH — beantwortet haben, sind die Aussichten für eine baldige Überwindung der gegenwärtigen Stagnation und eine neue anhaltende Wachstumsperiode, für die güterwirtschaftlich durchaus die Voraussetzungen vorhanden wären, keineswegs günstig zu beurteilen. Die Rückwirkungen auf die Weltwirtschaft — geringerer Einfuhrbedarf und erhöhtes Schutzbedürfnis der amerikanischen Wirtschaft — sind fraglos recht bedenklich.

Großbritannien, das sich lange Monate in einer sehr ähnlichen Situation wie heute die Vereinigten Staaten befand, hat die Stagnation überwunden. Die seit einigen Monaten zu beobachtende Belebung der wirtschaftlichen Aktivität hat jedoch dazu geführt, daß die Preisberuhigung, die die erste Hälfte dieses Jahres kennzeichnete, durch neue Preisauftriebstendenzen gefährdet worden ist. Die Lebenshaltungskosten sind wieder in Bewegung geraten. Die Hoffnung, daß der Ausbau und vor allen Dingen die Rationalisierung des britischen Wirtschaftsapparates Früchte tragen und einen hohen Produktivitätsfortschritt ermöglichen würde, hat sich bisher nicht erfüllt. Mit der im übrigen noch sehr geringen Zunahme der Produktion ist erneut eine Anspannung am Arbeitsmarkt aufgetreten. Die Zahl der offenen Stellen überschreitet bereits wieder die Zahl der Arbeitslosen. Diese Scherenbewegung ist zweifellos saisonal beeinflusst, doch dürfte sie keinesfalls allein durch die jahreszeitlich bedingte Mehrnachfrage nach Arbeitskräften ausgelöst worden sein. Für Großbritannien ist ein wirtschaftliches Wachstum verbunden mit Preissteigerungen besonders problematisch, da die Konkurrenzfähigkeit der britischen Exporte damit erneut bedroht wird. Trotzdem hat es den Anschein, als ob man sich in Großbritannien nicht zu neuen Restriktionsmaßnahmen entschließen wird und sich deshalb, vielleicht schon bald, mit den von Preissteigerungen heraufbeschworenen Zahlungsbilanzschwierigkeiten wird auseinandersetzen müssen.

Frankreich, dessen reale Wachstumsrate — gemessen an der Zunahme der Industrieproduktion von 10,5 vH im ersten Halbjahr — noch beachtlich war, bei steigenden Preisen jedoch von einer zunehmenden Verschlechterung der Leistungsbilanz begleitet wurde, hat Maßnahmen verfügt, die einer Abwertung des Franken für große Teilbereiche des Handels sowie des Dienstleistungs- und des Kapitalverkehrs gleichkommen. Da aber eine Reihe von Exportsubventionen und Importerschweren bereits in Kraft gewesen sind, ist es fraglich, ob die neuen Maßnahmen die Entlastung der Zahlungsbilanz bringen werden, die für ein außenwirtschaftliches Gleichgewicht notwendig ist.

Die Zahlungsbilanzschwierigkeiten Frankreichs sind das Spiegelbild seiner binnenwirtschaftlichen Übersteigerung; der Erfolg der währungspolitischen Maßnahmen wird deshalb letzten Endes nicht nur davon abhängen, ob es gelingen wird, im Anschluß an die zwangsläufige Verteuerung

der Importwaren eine neue Lohn- und Preiswelle zu verhindern, sondern ob auch langfristig die Nachfrageexpansion den realen Wachstumsmöglichkeiten angepaßt werden kann. Zur Stützung der währungspolitischen Maßnahmen sind in Ergänzung der schon vor einiger Zeit bekanntgewordenen fiskalpolitischen Maßnahmen weitere Kreditrestriktionen eingeführt worden. Bei der Beurteilung der Erfolgsaussichten der auf die Dämpfung der binnenwirtschaftlichen Nachfrage zielenden Maßnahmen ist jedoch Reserve am Platze, solange sich die Öffentliche Hand selbst noch nicht die Zurückhaltung auferlegt, die notwendig ist, um die Nachfrageexpansion zu zügeln. So lassen die heftigen Auseinandersetzungen um den Öffentlichen Haushalt 1958, die insofern mit einem Sieg der Regierung endeten, als sie die Ausgaben um einige hundert Milliarden Franken zu kürzen vermochte, darüber hinwegsehen, daß der Staat im nächsten Jahre seine Ausgaben um mehr als 8 vH zu erhöhen beabsichtigt, bei einem etwa gleichbleibendem Defizit. Da kaum mit einem so hohen realen Zuwachs des Sozialprodukts gerechnet werden kann, liegt in dem Budget wiederum ein starkes expansives Moment, das die noch nicht gewonnene Stabilität in Frage stellen muß.

Die französischen währungspolitischen Maßnahmen bringen ihrerseits keine Lösung der im europäischen Raum bestehenden Zahlungsbilanzschwierigkeiten, doch sind sie ein erster Schritt auf dem Wege zu einer Lösung, die in einem internationalen Abkommen — natürlich unter gewissen Opfern aller beteiligten Länder — gefunden werden könnte.

Westdeutschland

Die konjunkturelle Entwicklung der westdeutschen Wirtschaft stand in der ersten Hälfte dieses Jahres weiter unter dem Zeichen eines gegenüber den Zeiten stärkster Expansion (1955) erheblich, nämlich auf etwa die Hälfte reduzierten Wachstums. Entgegen vielfach gehegten Befürchtungen zeigt die Entwicklung mit Beginn des zweiten Halbjahres jedoch keinerlei Anzeichen einer weiteren Abschwächung der allgemeinen Fortschrittsrate. Auch im Rahmen dieses gedämpften Fortschritts wurden in allen Bereichen der Erzeugung — mit Ausnahme der Bauwirtschaft — neue Produktionsrekorde erzielt. Trotz Ausfalls der Bauwirtschaft als zusätzlichen Nachfragefaktors auf dem Arbeitsmarkt und trotz verlangsamtens Zuwachses der Erzeugung im industriellen Bereich sank die Arbeitslosigkeit bereits um die Jahresmitte auf einen bisher nie erreichten Tiefstand. Diese Entwicklung wurde natürlich durch die sich immer mehr durchsetzende Verringerung der wöchentlichen Arbeitszeit begünstigt.

Davon abgesehen, hat sich die Wirtschaft in ihren Dispositionen im bisherigen Verlauf des Jahres überraschend schnell und reibungslos auf die kleiner gewordene Fortschrittsrate der Sozialproduktentwicklung eingestellt. Auch für die nächste Zukunft, d. h. bis Ende des Jahres, fehlen zur Zeit jegliche Anzeichen dafür, daß konjunkturell ins Gewicht fallende Änderungen der Investitionsrate nach oben oder nach unten zu erwarten wären.

Der im ersten Quartal dieses Jahres gegenüber dem entsprechenden Vorjahrszeitraum erzielte Zuwachs der Investitionsgütererzeugung von 4,5 vH blieb auch im zweiten Quartal der gleiche. Maßgebend für diese Stabilität der Entwicklung war allerdings die stetig und stärker als die Inlandsnachfrage zunehmende Auslandsnachfrage. Die abgeschwächte Investitionsneigung, die in der im Zuwachs weiter nachlassenden Inlandsnachfrage zum Ausdruck kam, wurde nur in sehr bescheidenem Umfang durch die verstärkte Investitionsneigung im Bereich der Verbrauchsgütererzeugung und des Bergbaus modifiziert. Dabei behielt die Verbrauchsgütererzeugung ihre seit längerem führende Position im Fortschritt der gesamten Industrieerzeugung mit einer Fortschrittsrate von 7,1 vH im zweiten Viertel dieses Jahres (gegenüber einer Fortschrittsrate der Grundstoffindustrie von 6 vH und der Investitionsgüterindustrie von 4,5 vH).

Der insgesamt verlangsamte Fortschritt der industriellen Erzeugung wurde in diesem Jahr in weitaus stärkerem Ausmaß als im Vorjahr durch höhere Effizienz (erhöhter Ausstoß je Arbeiterstunde) und erst in zweiter Linie durch eine verhältnismäßig geringfügige Erhöhung der Beschäftigung erzielt. Der durch die tariflich erzwungene Arbeitszeitverkürzung bedingte Ausfall an Arbeitsstunden wurde dabei durch eine besonders hohe Effizienzsteigerung der tatsächlich geleisteten Arbeitsstunden wettgemacht. Die Arbeitszeitverkürzung war also für die industrielle Erzeugung ein zwar nicht allseits in Rechnung gestellter, tatsächlich aber doch sehr wirksamer zusätzlicher Faktor für den im ersten Halbjahr erzielten Produktivitätsfortschritt der Industrie.

Auf der anderen Seite wurde durch die Arbeitszeitverkürzung eine Entspannung des Arbeitsmarktes weitgehend verhindert oder jedenfalls doch stark modifiziert. Die schon seit langem zu beobachtende Anspannung auf dem Arbeitsmarkt blieb also trotz verlangsamten Fortschritts der Gesamterzeugung bestehen und war auf jeden Fall größer, als sie ohne die tariflich erzwungene Arbeitszeitverkürzung gewesen wäre. Damit ist auch die Marktposition der Arbeitnehmer unverändert stark geblieben, d. h. das Durchsetzen von Lohnforderungen ist unter dem Aspekt des nach wie vor stark beanspruchten Arbeitskräftepotentials keineswegs schwieriger geworden. Demgegenüber haben sich — wiederum unter reinen Marktaspekten — die Voraussetzungen und Bedingungen für die Wirtschaft, steigende Kosten, also vor allem steigende Lohnkosten, in den

Preisen weiterzugeben, infolge der verlangsamten Expansion verschlechtert.

Die bereits im ersten Quartal festgestellte Diskrepanz zwischen Lohn- und Produktivitätsentwicklung der Industrie hat angehalten. So betrug der Zuwachs des durchschnittlichen effektiven Bruttostundenlohns in der Industrie im ersten Quartal 9 vH und im zweiten Quartal — wegen der zahlreichen bezahlten Feiertage insbesondere im Juni — sogar 11 vH, während der Produktivitätsfortschritt je Arbeitsstunde sich nur auf 8 bzw. 7,5 vH stellte. Allerdings sollten bei der Problematik derartiger einen zwar wichtigen, aber doch eben nur einen Teilbereich der Gesamtwirtschaft erfassenden Vergleiche zwischen Lohn- und Effizienzentwicklung keine zu weit reichenden Folgerungen, insbesondere nicht für die längerfristige Entwicklung, gezogen werden, zumal im zweiten Quartal Sondereinflüsse das statistische Bild verzerrten. Auf alle Fälle mahnt die bisherige Entwicklung zur größten Vorsicht bei der Bemessung der Lohnforderungen im Rahmen der für den Herbst des Jahres gekündigten Lohntarife. Die Grenzen des zukünftigen realen Fortschritts der Gesamtwirtschaft sind durch das vorhandene Arbeitskräftepotential (aus dem ein weiterer Beschäftigungszuwachs von vielleicht 2 bis 3 vH möglich erscheint, von dem allerdings die Hälfte schätzungsweise durch Arbeitszeitverkürzung absorbiert werden wird) und durch den allgemeinen Produktivitätsfortschritt, der auch bei optimistischer Einschätzung kaum über 4 vH hinausgehen dürfte, ziemlich eindeutig abgesteckt. Die westdeutsche Wirtschaft kann damit in ihrer Sozialproduktentwicklung im laufenden zweiten Halbjahr mit einem realen Fortschritt von maximal 5 bis 5,5 vH rechnen. Auch eine verstärkte nominale Expansion, wie sie durch eine nicht maßvolle Lohnentwicklung ausgelöst werden würde, könnte diese realen Expansionsmöglichkeiten kurzfristig nicht erweitern. Die Wahrscheinlichkeit spricht sogar dafür, daß gerade infolge der immer geringer werdenden Möglichkeit, steigende Lohnkosten in den Preisen weiterzugeben, eine derartige Lohnentwicklung die Investitionsneigung der Unternehmer erneut negativ beeinflussen würde. Dies wiederum würde die Ausnutzung der an sich gegebenen oben gekennzeichneten Fortschrittmöglichkeiten gefährden. Eine um diesen Preis erzwungene Erhöhung der Lohnquote wäre ein sehr fragwürdiger Erfolg, da er durch den Verzicht auf die volle Ausnutzung vorhandener Erzeugungsmöglichkeiten und damit auch durch den Verzicht auf eine Verbesserung des Lebensstandards des Arbeiters selbst erkaufte werden würde.

Die Sozialversicherung der Handwerker in der SBZ

Die Übertragung der Sozialversicherung der Handwerker in der sowjetischen Besatzungszone auf die Deutsche Versicherungsanstalt (DVA)¹⁾ ist

¹⁾ Vgl. Wochenberichte des DIW, 23. Jg., Nr. 19 vom 11. 5. 1956 und Nr. 44 vom 2. 11. 1956.

die dritte grundsätzliche Neuordnung der Handwerkerversicherung im Verlaufe von noch nicht 20 Jahren. Erst im Jahre 1938 wurden Handwerker, soweit sie sich nicht anderweitig versicherten, in die Angestelltenversicherung aufge-

nommen und im Jahre 1947 wurde dann die un- eingeschränkte Versicherungspflicht in der sowjet- zonalen Einheitssozialversicherung eingeführt.

Die Steigerung der seit 1952 geltenden an die Handwerkssteuersätze angelehnten Beitragssätze ab 1. Januar 1956 um 70 vH erschien, weil künftig jede Versicherungsgruppe die Mittel für die Leistungen an ihre Mitglieder in sich aufbringen sollte, erklärlich. Daß diese Er- höhung nicht ausreichte, um alle Verpflichtungen zu erfüllen, überrascht zunächst, hängt jedoch offenbar mit der bei den Selbständigen in der SBZ ganz besonders ungünstigen Altersstruktur und der damit verbundenen Häufung ungünstiger Risiken zusammen. Die Art aber, in der die not- wendig gewordene weitere Erhöhung der Beiträge durchgeführt wurde, weicht so erheblich von den im Versicherungswesen geltenden allgemeinen Grundsätzen ab, daß hierin neue wirtschafts- politische Zielsetzungen vermutet werden müssen.

Da der von den Handwerkern wiederholt ge- forderte Staatszuschuß nicht gewährt wurde, hatten die laut Statut vom 30. Juni 1956 in Kreisen und Bezirken eingesetzten Beiräte unter dem Zentralbeirat der DVA eine neue Beitrags- ordnung auszuarbeiten. Die ersten bis zur Jahres- wende diskutierten Vorschläge hatten bereits die Handwerksteuer-Grundbeträge als Bemessungs- grundlage verlassen und sahen nach der Beschäf- tigtenzahl der Betriebe progressiv von 140 bis 420 vH der Beitragsätze von 1955 gestaffelte Bei- träge vor. Sie wurde von den Handwerkern wegen der starken Progression als untragbar abgelehnt; die DVA lehnte sie wegen der niedrigeren An- fangssätze ab, die durch die kleine Anzahl höherer Beiträge nicht ausgeglichen werden konnten.

Die endgültige Regelung, auf die sich die Bei- räte der Handwerkerversicherung dann einigten²⁾, sieht eine zweifache Differenzierung der Beitrags- sätze vor. Einmal sind die einzelnen Handwerks- zweige nach dem Gesichtspunkt ihrer generellen wirtschaftlichen Leistungskraft in 12 Gruppen aufgeteilt. Innerhalb des jeweiligen Gruppentarifs erfolgt dann eine weitere Differenzierung außer nach Ortsklassen nach der Art und Größe der Be- triebe, wobei aber nicht mehr die Zahl der Be- schäftigten, sondern die jeweils gezahlte Lohn- summe als Kriterium der individuellen Leistungs- fähigkeit gilt. Die Höhe des persönlichen oder wenigstens des branchenüblichen persönlichen Ein- kommens ist also nicht mehr ausschlaggebend.

Die Versicherungsleistungen sollten laut § 3 der Verordnung vom 2. März 1956 durch den Wechsel des Trägers keine Veränderungen erfahren. Tat-

sächlich blieben die Sachleistungen auch durch die neuen Anordnungen unberührt und werden wie bisher allen Versicherten gleichmäßig gewährt. Die Barleistungen im Krankheitsfalle wurden zwar abgeändert, aber etwa proportional zu den Jahresbeiträgen steigende und nach Höhe und Staffelung der allgemeinen Sozialversicherung un- gefähr entsprechende Grundbeträge festgesetzt. Bei den Renten dagegen ist die Bemessungsgrund- lage verschlechtert und die Rentenhöhe dadurch herabgesetzt worden, daß nicht mehr wie nach § 22 der Dritten Durchführungsbestimmung zum Gesetz zur Förderung des Handwerks das Sechs- fache, sondern jetzt nur noch das Fünffache des jährlichen Versicherungsbeitrages als Maßwert des Jahreseinkommens für die spätere Renten- festsetzung gilt.

Das versicherungsmäßige Äquivalenzprinzip — Beitragsleistung und Versicherungsleistung entsprechen einander — ist zwar in jeder Sozial- versicherung durch das Prinzip des sozialen Risikoausgleichs vom Leistungsstärkeren zum Leistungsschwächeren mehr oder weniger einge-engt. Diese Mischung beider Prinzipien gilt auch in der sowjetzonalen Sozialversicherung und galt auch für den Handwerker so lange, als Beiträge prozentual vom Einkommen erhoben, Renten in einer bestimmten Relation zum früheren beitrags- pflichtigen Einkommen festgesetzt wurden und der Versicherte zugleich im Rahmen des sozialen Risikoausgleichs bestimmte Leistungen — z. B. Mindestrenten oder ärztliche Versorgung — un- abhängig von der Höhe seiner Beiträge erhielt. Die für die Handwerker in der Anordnung vom 12. Juni 1957 festgelegte Beitragsordnung nach Betriebsart und -größe verbunden mit der Ver- schlechterung des Leistungsrechts nach der Ver- ordnung vom 2. März 1956 aber bedeuten eine generelle Abkehr von diesen Prinzipien, die nur politisch oder wirtschaftspolitisch bestimmt sein kann.

Da die Anordnung vom 12. Juni 1957 mit Wirkung vom 1. Januar 1957 gilt (sie wurde aus wahltaktischen Gründen erst am 1. Juli 1957 be- kanntgegeben), hat zunächst ein großer Teil aller Handwerker erhebliche Nachzahlungen zu leisten. Nachteilig wirkt weiterhin die Bestimmung, daß bei Preiskalkulationen nur Beiträge nach den Sätzen von 1955 berücksichtigt werden dürfen, die Erhöhungen seit 1956 also zu Lasten des Ertrages gehen. Die Wahl der Lohnsumme anstelle der Be- schäftigtenzahl aber hat möglicherweise zum Ziel, hochbezahlte qualifizierte Kräfte aus dem Hand- werk in die volkseigenen Betriebe abziehen; denn um die mit der höheren Lohnsumme ver- bundene Beitragsprogression zu vermeiden, wer- den manche Handwerker gezwungen sein, mit billigeren Hilfskräften zu arbeiten oder gar die Betriebe zu verkleinern.

²⁾ Anordnung über die Beiträge zur Sozialversicherung der Handwerker vom 12. 6. 1957. GBl. der DDR, Teil I, S. 352 ff. — Auf allgemeine gesellschaftspolitische Zielsetzungen dieser und noch weiterer das Handwerk betreffenden Maßnahmen wird in einem der nächsten Wochenberichte eingegangen werden.

Gegenstand	Einheit †)		1956									1957					
			April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.	März	April	Mai	Juni
Deutsche Notenbank																	
Bargeldumlauf	Mill. DM-Ost	E	4795	4576	4639	4633	4664	4820	4762	4790	4496	4722	5040	5103	5168	5193	5314
Wechselkurs (für 100 DM-Ost in West-Berlin¹⁾)	DM-West	D	24,85	24,80	25,20	25,55	24,65	24,40	24,30	23,15	23,70	24,15	24,05	24,45	24,40	24,05	24,15
Warenpreise der HO²⁾																	
Nahrungsmittel																	
Brot (Standard)	kg	DM-Ost	M	0,60	0,60	0,60	0,60	0,60	0,60	0,60	0,60	0,60	0,60	0,60	0,60	0,60	0,60
Weizenkleingebäck (Schrippe)	50 g	"	"	0,05	0,05	0,05	0,05	0,05	0,05	0,05	0,05	0,05	0,05	0,05	0,05	0,05	0,05
Weizenmehl (Type W 630) . . .	kg	"	"	1,32	1,32	1,32	1,32	1,32	1,32	1,32	1,32	1,32	1,32	1,32	1,32	1,32	1,32
Nudeln, 40%	"	"	"	1,86	1,86	1,86	1,86	1,86	1,86	1,86	1,86	1,86	1,86	1,86	1,86	1,86	1,86
Reis, geschält und poliert . . .	"	"	"	10)4,20	10)4,20	10)4,20	10)4,20	10)4,20	10)4,20	10)4,20	10)4,20	10)4,20	10)4,20	10)4,20	10)4,20	10)4,20	10)4,20
Kunsthonig	"	"	"	1,36	1,36	1,36	1,36	1,36	1,36	1,36	1,36	1,36	1,36	1,36	1,36	1,36	1,36
Zucker (Raffinade)	"	"	"	3,00	3,00	3,00	3,00	3,00	3,00	3,00	3,00	3,00	3,00	3,00	3,00	3,00	3,00
Eier	Stück	"	"	0,45	0,45	0,45	0,45	0,45	0,45	0,45	0,45	0,45	0,45	0,45	0,45	0,45	0,45
Vollmilch	Liter	"	"	1,12	1,12	1,12	1,12	1,12	1,12	1,12	1,12	1,12	1,12	1,12	1,12	1,12	1,12
Butter	kg	"	"	20,00	20,00	20,00	20,00	20,00	20,00	20,00	20,00	20,00	20,00	20,00	20,00	20,00	20,00
Margarine	"	"	"	4,00	4,00	4,00	4,00	4,00	4,00	4,00	4,00	4,00	4,00	4,00	4,00	4,00	4,00
Käse 31-40% i. T.	"	"	"	11,20	11,20	11,20	11,20	11,20	11,20	11,20	11,20	11,20	11,20	11,20	11,20	11,20	11,20
Rindfleisch (Kochfleisch) . . .	"	"	"	6,60	6,60	6,60	6,60	6,60	6,60	6,60	6,60	6,60	6,60	6,60	6,60	6,60	6,60
Schweinefleisch (Kotelett) . . .	"	"	"	11,20	11,20	11,20	11,20	11,20	11,20	11,20	11,20	11,20	11,20	11,20	11,20	11,20	11,20
Wurst (Braunschweiger)	"	"	"	13,60	13,60	13,60	13,60	13,60	13,60	13,60	13,60	13,60	13,60	13,60	13,60	13,60	13,60
Genußmittel																	
Bier, helles, 11,5% ⁹⁾	0,33 l	"	"	0,48	0,48	0,48	0,48	0,48	0,48	0,48	0,48	0,48	0,48	0,48	0,48	0,48	0,48
Trinkbranntwein, 40% ⁸⁾	0,70 l	"	"	9,25	9,25	9,25	9,25	9,25	9,25	9,25	9,25	9,25	9,25	9,25	9,25	9,25	9,25
Zigaretten, Preisklasse 3	10Stck.	"	"	1,40	1,40	1,40	1,40	1,40	1,40	1,40	1,40	1,40	1,40	1,40	1,40	1,40	1,40
Rauchtobak, Feinschnitt	50 g	"	"	2,00	2,00	2,00	2,00	2,00	2,00	2,00	2,00	2,00	2,00	2,00	2,00	2,00	2,00
Schuhe																	
Herren-Rindbox } m. Leder	Paar	"	"	84,50	84,50	84,50	84,50	84,50	84,50	84,50	84,50	84,50	84,50	84,50	84,50	84,50	84,50
Damen- } sohle	"	"	"	79,00	79,00	79,00	79,00	79,00	79,00	79,00	79,00	79,00	79,00	79,00	79,00	79,00	79,00
Herren- } Schweins- } m. Gummi-	"	"	"	25,25	25,25	25,25	25,25	25,25	25,25	25,25	25,25	25,25	25,25	25,25	25,25	25,25	25,25
Damen- } leder } sohle	"	"	"	8)24,60	8)24,60	8)24,60	8)24,60	8)24,60	8)24,60	8)24,60	8)24,60	8)24,60	8)24,60	8)24,60	8)24,60	8)24,60	8)24,60
Kinderschuhe, Volleder	"	"	"	27,60	27,60	21,20	21,20	21,20	21,20	21,20	21,20	21,20	21,20	21,20	21,20	21,20	21,20
Bettwäsche - Leinen, 80cm br.	Meter	"	"	8,70	8,70	8,70	8,70	8,70	8,70	8,70	8,70	8,70	8,70	8,70	8,70	8,70	8,70
Preise rationierter Waren³⁾																	
Nahrungsmittel																	
Zucker	kg	DM-Ost	M	1,12	1,12	1,12	1,12	1,12	1,12	1,12	1,12	1,12	1,12	1,12	1,12	1,12	1,12
Eier	Stück	"	"	0,15	0,15	0,15	0,15	0,15	0,15	0,15	0,15	0,15	0,15	0,15	0,15	0,15	0,15
Vollmilch	Liter	"	"	0,32	0,32	0,32	0,32	0,32	0,32	0,32	0,32	0,32	0,32	0,32	0,32	0,32	0,32
Butter	kg	"	"	4,20	4,20	4,20	4,20	4,20	4,20	4,20	4,20	4,20	4,20	4,20	4,20	4,20	4,20
Margarine	"	"	"	2,16	2,16	2,16	2,16	2,16	2,16	2,16	2,16	2,16	2,16	2,16	2,16	2,16	2,16
Rindfleisch (Kochfleisch) . . .	"	"	"	2,10	2,10	2,10	2,10	2,10	2,10	2,10	2,10	2,10	2,10	2,10	2,10	2,10	2,10
Kartoffeln	"	"	"	0,12	0,12	0,12	0,29	0,20	0,12	0,12	0,12	0,12	0,12	0,12	0,12	0,12	0,12
Braunkohlenbriketts	Ztr.	"	"	1,92	1,92	1,92	1,92	1,92	1,92	1,92	1,92	1,92	1,92	1,92	1,92	1,92	1,92
Interzonenhandel⁴⁾																	
Bezüge aus dem Währungsgebiet der DM-West	1000 VE ⁴⁾	S															
dav. a) aus Westdeutschland . . .	"	"	"	47937	37626	57181	64246	47883	61169	70128	55418	71366	22017	25759	42890	33549	45895
dar. Nahrungsmittel ¹⁾	"	"	"	5861	6361	7507	3989	4315	5807	7586	8983	7939	1887	3122	3162	1752	1860
dar. Maschinen	"	"	"	2980	3003	2821	3150	4910	5170	6720	6431	11425	4097	5170	5348	8601	6028
Eisen und Stahl	"	"	"	8916	5896	10080	8868	9518	13544	13705	9040	10952	4536	2736	2414	2005	6306
Chemische Erzeugnisse	"	"	"	5897	6101	11476	9607	5442	6589	7860	9199	9231	4634	2015	9493	7399	8371
b) aus West-Berlin	"	"	"	3781	4505	3275	7379	2791	2681	3849	4638	7689	5472	2851	3045	4312	4420
dar. Elektrotechn. Erzeugnisse	"	"	"	386	1029	1040	1376	478	749	1025	1305	1309	2369	5929	422	837	791
Lieferungen in das Währungsgebiet der DM-West																	
dav. a) nach Westdeutschland . . .	"	"	"	51135	60508	63778	57736	55253	53903	67901	53044	57502	49035	49302	72624	74492	84156
dar. Benzin, Oel, Teer usw. . . .	"	"	"	41251	45165	50729	45201	46604	43379	53559	41054	48970	3)34090	3)8963	61805	57656	71840
dar. Maschinen	"	"	"	5806	9022	8747	7477	6556	3421	8986	4218	9269	6624	10)10339	13620	12161	12537
dar. Textilien	"	"	"	5290	4708	5949	6494	5562	5353	6627	5628	9822	5784	4621	5673	4772	5750
b) nach West-Berlin	"	"	"	5715	5817	8161	7892	7939	8273	11822	9162	9)9014	5283	5835	8581	6669	6643
dar. Braunkohlenbriketts	"	"	"	9884	15343	13049	12535	8649	10524	14342	11990	9)8532	14945	10339	10819	17436	12316
				4920	130	4798	4718	273	7102	5593	3736	2677	5665	6252	6155	5731	5187
Außenhandel⁵⁾																	
Einfuhr aus der Sowjetzone																	
Belgien-Luxemburg	1000 \$	S		689	616	714	676	573	591	505	693	966	806
Dänemark	"	"	"	1015	2254	1156	792	1671	1273	1168	1297	1217	1491	1207	805	490	972
Finnland	"	"	"	809	1703	1840	2133	2069	2033	2405	1925	2396	1700	1)1560	1361	1938	2658
Frankreich	"	"	"	402	271	239	196	192	290	324	261	243	403	264	226	229	.
Großbritannien	"	"	"	393	284	424	593	556	636	718	518	667	839	402	.	.	871
Italien	"	"	"	318	340	349	464	260	290	477	485	585	705	356	400	217	303
Niederlande	"	"	"	1060	852	1232	1220	1458	1238	1012	1290	1094	1489	850	982	951	989
Norwegen	"	"	"	1355	1042	661	466	589	580	774	1243	1349	1262	432	546	527	575
Österreich	"	"</															